Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kreutz,
lieber Marcel,
sehr geehrte Vorsitzende der Fraktionen im Rat der Stadt Bergisch Gladbach,
sehr geehrte Vorsitzende der politischen Parteien,
sehr geehrte Damen und Herren,

vor 88 Jahren, in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, erreichte die nationalsozialistische Verfolgung der jüdischen Bevölkerung eine neue Eskalationsstufe.

Aus staatlich organisierter Ausgrenzung, Entrechtung und wirtschaftlicher Verdrängung wurde eine reichsweite, offen ausgeübte Gewalt, die niemand mehr übersehen konnte.

Nationalsozialisten und ihre Helfershelfer drangen in jüdische Geschäfte, Wohnungen und Synagogen ein. Sie zerstörten, plünderten und brandschatzten. Jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger wurden öffentlich gedemütigt, misshandelt, verhaftet und ermordet. Tausende wurden in Konzentrationslager verschleppt.

Die Reichspogromnacht war kein spontaner Ausbruch von Gewalt. Sie war ein staatlich organisierter und gelenkter Angriff auf die jüdische Bevölkerung Deutschlands.

Und sie geschah nicht im Verborgenen.

Menschen sahen zu. Menschen hörten die Schreie. Menschen sahen die brennenden Synagogen und die zerstörten Geschäfte.

Manche beteiligten sich. Viele schwiegen. Andere schauten weg.

Wenn wir heute an diese Ereignisse erinnern, denken wir häufig an die großen Städte unseres Landes: Berlin, München, Hamburg, Köln oder Düsseldorf.

Doch was geschah damals in unserer Stadt? Was geschah in Bergisch Gladbach?

Bergisch Gladbach hatte im Jahr 1938 etwa 22.000 Einwohner. Nach den damaligen Erhebungen gehörten nur vier Menschen der jüdischen Religionsgemeinschaft an. Nach den rassistischen Bestimmungen der Nürnberger Gesetze wurden jedoch weitere Menschen als jüdisch eingestuft und verfolgt.

In Bergisch Gladbach gab es keine Synagoge, die in jener Nacht in Flammen aufging.

Aber es gab Menschen, deren Leben durch die nationalsozialistische Verfolgung zerstört wurde.

Menschen wie Ernst Danzig.

Der Chemiker Ernst Danzig lebte an der Bensberger Straße. Am 17. Juni 1942 nahm er sich das Leben, als ihm die Deportation drohte.

Was mag dieser Mann in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 empfunden haben? Welche Ängste begleiteten ihn in den folgenden Jahren? Wann verlor er endgültig die Hoffnung, in seiner Heimat sicher leben zu können?

Wir wissen es nicht.

Aber wir wissen, wie seine Geschichte endete.

Oder denken wir an Erna Kahn, die ebenfalls an der Bensberger Straße lebte. Sie wurde 1942 nach Theresienstadt deportiert und von dort im Januar 1943 nach Auschwitz verschleppt.

Denken wir an Dr. Erich Deutsch, der zum christlichen Glauben konvertiert war. Für die nationalsozialistischen Rassengesetze spielte dies keine Rolle. Er wurde weiterhin als Jude verfolgt, 1944 nach Theresienstadt deportiert und dort ermordet.

Oder denken wir an den jungen Jascha Lülsdorf, der später unter dem Namen Jacques Lowe als Fotograf bekannt wurde. Er überlebte die nationalsozialistische Verfolgung auch deshalb, weil Menschen den Mut aufbrachten, ihn und seine Mutter zu verstecken.
Diese Geschichten zeigen uns zweierlei.
Zum einen, dass die nationalsozialistische Verfolgung nicht nur in den großen Städten stattfand. Sie erreichte auch unsere Straßen, unsere Nachbarschaften und unsere unmittelbare Umgebung.
Zum anderen zeigen sie, dass Menschen Handlungsmöglichkeiten besaßen. Sie konnten verfolgen, schweigen, wegsehen oder helfen.
Warum aber spreche ich heute über Menschen, deren Schicksale zum Teil erst Jahre nach der Reichspogromnacht ihre schreckliche Wendung nahmen?
Weil der 9. November 1938 nicht isoliert betrachtet werden darf.
Die Reichspogromnacht war eine entscheidende Zäsur innerhalb einer fortschreitenden Radikalisierung der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Einer Entwicklung, die schließlich in den systematischen, millionenfachen Mord an den europäischen Jüdinnen und Juden mündete: in die Shoah.
Und weil wir nicht nur über Zahlen sprechen dürfen.
Hinter jeder Zahl steht ein Mensch. Ein Leben. Eine Familie. Eine Geschichte.
Erinnerung bedeutet deshalb zunächst, diesen Menschen ihre Namen und ihre Geschichten zurückzugeben.
Doch genügt das?
Genügt es, wenn wir einmal im Jahr zusammenkommen, Blumen niederlegen, Reden halten und der Opfer gedenken?
Die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann hat sich intensiv mit der Frage beschäftigt, wie Gesellschaften erinnern und welche Verantwortung daraus erwächst.
In Deutschland ist die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen zu einem festen Bestandteil unserer gesellschaftlichen und politischen Kultur geworden.
Wir haben Gedenkstätten, Denkmäler, Stolpersteine, Gedenktage und Bildungsprogramme.
Das ist wichtig. Das ist richtig. Und das ist notwendig.
Aber Erinnerungskultur darf nicht zu einem bloßen Ritual werden.
Denn was bedeutet unser Gedenken, wenn wir zwar die Opfer von gestern betrauern, aber die Bedrohungen der Gegenwart nicht erkennen oder nicht erkennen wollen?
Was bedeutet unser Versprechen „Nie wieder“, wenn wir nicht bereit sind, daraus Konsequenzen für unser heutiges Handeln zu ziehen?
Meine sehr geehrten Damen und Herren,
erst vor wenigen Wochen, am 17. September 2026, wurde auf die Bergische Synagoge in Wuppertal ein Brandanschlag verübt.
Eine Synagoge. Ein jüdisches Gotteshaus. Hier im Bergischen Land.
88 Jahre nach der Reichspogromnacht.
Glücklicherweise wurde niemand verletzt. Doch der Anschlag und die antisemitischen Äußerungen des Tatverdächtigen zeigen uns, wie gegenwärtig die Bedrohung jüdischen Lebens ist.
Und auch die Erinnerung an die Opfer wird angegriffen.

In Heidenau in Sachsen wurde im September dieses Jahres mit den Stimmen von AfD, CDU und einer Bürgerinitiative beschlossen, künftig keine weiteren Stolpersteine im öffentlichen Straßenraum zuzulassen.
Man kann über Formen des Gedenkens diskutieren. Eine demokratische Gesellschaft muss solche Diskussionen führen können.
Aber wenn politische Kräfte gemeinsam dafür sorgen, dass eine etablierte Form der öffentlichen Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus grundsätzlich ausgeschlossen wird, dann muss dies Widerspruch hervorrufen.
Denn Erinnerung braucht Sichtbarkeit.
Und sie braucht Menschen, die bereit sind, für diese Sichtbarkeit einzustehen.
Meine sehr geehrten Damen und Herren,
Anfang September dieses Jahres war ich mit einer Gruppe von Schülerinnen und Schülern auf einer Gedenkstättenfahrt in Berlin.
Während einer Führung durch das Scheunenviertel beobachteten wir eine Gruppe jüdischer Grundschulkinder, die auf dem Weg zum Sportunterricht begleitet und bewacht wurden.
Die Kinder lachten. Sie unterhielten sich. Sie verhielten sich wie Kinder überall auf der Welt.
Eigentlich war es eine vollkommen alltägliche Situation.
Doch etwas war anders.
Diese Kinder benötigten besonderen Schutz.
Meine Schülerinnen und Schüler bemerkten dies sofort.
Und sie stellten eine Frage, die mich seitdem beschäftigt:
Ist es für diese Kinder normal, dass sie bewacht werden müssen, wenn sie von einem Schulgebäude zum anderen gehen?
Meine sehr geehrten Damen und Herren,
wie kann es sein, dass jüdische Kinder im Deutschland des Jahres 2026 besonderen Schutz benötigen, um ihren Schulalltag zu erleben?
88 Jahre nach der Reichspogromnacht.
81 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz.
Nach Jahrzehnten der Erinnerungskultur.
Was sagt das über unsere Gesellschaft aus?
Und was sagt es über unser Versprechen „Nie wieder“ aus?
Wir müssen erkennen, dass Antisemitismus nicht ausschließlich ein Phänomen der Vergangenheit ist.
Er hat sich verändert. Er tritt in unterschiedlichen Erscheinungsformen auf. Er findet sich am äußersten rechten Rand, in Teilen der politischen Linken, im religiösen Extremismus und auch in der Mitte unserer Gesellschaft.
Manchmal zeigt er sich offen, durch Beleidigungen, Drohungen oder Gewalt.
Manchmal verbirgt er sich hinter Verschwörungserzählungen, historischen Relativierungen oder der Behauptung, jüdische Menschen würden einen besonderen Einfluss auf Politik, Medien oder Gesellschaft ausüben.
Und manchmal begegnet er uns im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt.
Das Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023, bei dem Menschen ermordet, misshandelt und als Geiseln verschleppt wurden, war ein antisemitisches Verbrechen von erschütterndem Ausmaß.

Die Folgen dieses Tages reichen weit über Israel hinaus.
Auch in Deutschland erleben wir seither, wie antisemitische Feindbilder verbreitet, jüdische Menschen bedroht und die Verbrechen der Hamas gerechtfertigt oder verharmlost werden.
Dabei müssen wir klar unterscheiden.
Kritik an der Politik einer israelischen Regierung ist legitim. Auch das Handeln des Staates Israel muss sich an Menschenrechten und internationalem Recht messen lassen.
Doch wenn Jüdinnen und Juden in Deutschland für Entscheidungen der israelischen Regierung verantwortlich gemacht werden, wenn antisemitische Verschwörungsmythen verbreitet werden oder wenn die Ermordung jüdischer Menschen gerechtfertigt wird, dann ist eine Grenze überschritten.
Und diese Grenze darf nicht davon abhängen, aus welchem politischen Lager eine Aussage stammt.
Antisemitismus bleibt Antisemitismus. Ob er von rechts kommt, von links, aus religiösem Fanatismus oder aus der gesellschaftlichen Mitte.
Hier dürfen wir keine doppelten Maßstäbe anlegen.
Hier darf es keine parteipolitische Rücksichtnahme geben.
Und hier dürfen politische Zusammenarbeit und parteipolitische Interessen niemals wichtiger werden als die Verteidigung der Menschenwürde.
Gerade die demokratischen Parteien tragen dabei eine besondere Verantwortung.
Wer sich zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus bekennt, muss auch bereit sein, antisemitischen Äußerungen und Handlungen in den eigenen Reihen entschieden entgegenzutreten.
Das gilt für die Kommunalpolitik ebenso wie für die Landes- und Bundespolitik.
Es reicht nicht, Antisemitismus beim politischen Gegner zu verurteilen und bei politischen Freunden darüber hinwegzusehen.
Denn Glaubwürdigkeit entsteht nicht durch Gedenkreden.
Glaubwürdigkeit entsteht durch Handeln.
Die politische Theoretikerin Hannah Arendt hat uns mit ihren Überlegungen zur Banalität des Bösen vor Augen geführt, dass das Böse nicht immer mit einer erschreckenden Fratze auftreten muss.
Es kann sich auch hinter Gedankenlosigkeit, Anpassung und der Weigerung verbergen, das eigene Handeln kritisch zu hinterfragen.
Darin liegt eine Mahnung, die über die nationalsozialistische Vergangenheit hinausweist.
Denn eine demokratische Gesellschaft ist nicht allein dadurch geschützt, dass sie ihre Geschichte kennt.
Sie muss auch bereit sein, aus dieser Geschichte zu lernen.
Sie muss erkennen, wann Menschen ausgegrenzt werden.
Sie muss widersprechen, wenn Menschen aufgrund ihres Glaubens oder ihrer Herkunft bedroht werden.
Und sie muss handeln, bevor aus Worten Taten werden.
Meine sehr geehrten Damen und Herren,
wenn wir heute an Ernst Danzig erinnern, an Erna Kahn, an Dr. Erich Deutsch und an die Millionen Opfer der Shoah, dann tun wir dies nicht allein, um der Vergangenheit gerecht zu werden.

Wir tun es auch für jene Kinder, die heute in Berlin unter besonderem Schutz zur Schule gehen müssen.
Wir tun es für die Jüdinnen und Juden, die aus Angst vor Übergriffen ihre religiösen Symbole nicht mehr offen tragen.
Wir tun es für diejenigen, die ihre jüdische Identität verbergen, weil sie sich in unserer Gesellschaft nicht mehr sicher fühlen.
Und wir tun es für die kommenden Generationen.
Damit sie in einer Gesellschaft leben können, in der niemand aufgrund seiner Religion, seiner Herkunft oder seiner Identität um seine Sicherheit fürchten muss.
Der 9. November 1938 erinnert uns daran, wohin Ausgrenzung, Entrechtung, Hass und die Gleichgültigkeit einer Gesellschaft führen können.
Er erinnert uns aber auch daran, dass Menschen Entscheidungen treffen.
Damals wie heute.
Wir können schweigen.
Wir können wegsehen.
Wir können uns damit beruhigen, dass die Verantwortung bei anderen liegt.
Oder wir können handeln.
Und genau darin liegt für mich die eigentliche Bedeutung unserer Erinnerungskultur.
Erinnerung ist nicht nur eine Verpflichtung gegenüber den Toten. Sie ist vor allem eine Verantwortung gegenüber den Lebenden.
Das „Nie wieder“ ist kein Versprechen, das unsere Vorfahren für uns einlösen konnten.
Es ist eine Verpflichtung, die jede Generation aufs Neue übernehmen muss.
Eine Verpflichtung, die nicht morgen beginnt.
Nicht bei der nächsten Gedenkveranstaltung.
Nicht erst dann, wenn wieder eine Synagoge angegriffen oder ein jüdischer Mensch auf offener Straße bedroht wird.
Sondern heute.
Hier.
In unserer Stadt.
In unserer Gesellschaft.
Denn Nie wieder ist jetzt.
Und daran dürfen wir nicht scheitern.
Ich danke Ihnen.